

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. jährlich 20 RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Post-Geschäftsstellen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 3-spaltige Reklamazeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 284 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 6. Dezember 1933

Der „Arbeitsvorrat“ der Bauwirtschaft.

Ungefähr an das Ende der diesjährigen Bauzeit war unter dem Leitwort: „Hausbesitzer, schafft Arbeit!“ in Berlin eine große Versammlung abgehalten worden, an der neben den Haus- und Grundbesitzervereinen vor allem auch die Hauptverbände deutscher Bauingenieurwissenschaften und -gesellschaften teilnahmen. Das lenkt den Blick zurück auf die Entwicklung, die in diesem Jahre die Bauwirtschaft gehabt hat. Sie war und ist ja eine der wichtigsten Hebel für die Arbeitsbeschaffung, eine der Hauptwaffen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, und auch in der jetzt herannahenden saisonmäßig ungünstigen Zeit des Winters soll und wird alles daran gesetzt werden, um von dem großen Einfluß, den die Bauwirtschaft als Schlüsselindustrie besitzt, möglichst viel aufrechtzuerhalten im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit.

Bei diesem Rückblick ist zunächst einmal festzustellen, daß nun wieder, im Jahre 1933, der Umfang der Bauproduktion zum ersten Male eine Steigerung aufweisen konnte, während er seit 1929 in fortwährendem Rückgang gewesen war. Natürlich ist noch längst nicht in der Bauproduktion jener Umfang erreicht, den sie vor vier Jahren besaß, als man ihn noch auf fast neun Milliarden schätzen konnte. Es läßt sich eben in einem Jahre nicht aufholen, was man in vier Jahren eingebüßt hat! Außerdem aber hat sich noch eine gewisse Verschiebung dadurch ergeben, daß in der diesjährigen Bauzeit sich der Tiefbau, namentlich auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms, stark in den Vordergrund geschoben und etwa die doppelte Anzahl von Arbeitskräften beschäftigt hat, wie in den Jahren zuvor. Aber auch im Wohnungsbau zeigte sich gegenüber dem Vorjahr eine beträchtliche Besserung, die auf etwa 35 bis 40 Prozent zu schätzen ist. Das alles stellt eine sehr natürliche Gegenwirkung des gegen die gewaltige Aufblähung des Hochbaues in den Jahren 1925 bis 1930, wobei die Wohnungsbauschubventionen der öffentlichen Hand eine vielfach verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Und endlich tritt in der jetzt hinter uns liegenden Bauzeit noch eine andere Umschichtung zu Tage: Es ist die Bevorzugung und die größere Berücksichtigung einmal des mittelständischen und dann des ortsanfälligen Baugewerbes bei den öffentlichen Ausschreibungen; der Arbeitsanteil der mittleren und kleinen Unternehmungen ist aber nicht bloß im Tief-, sondern auch im Hochbau erheblich gewachsen, während früher die Großbetriebe hier das Feld fast ganz beherrschten. Große Hoffnungen setzt man natürlich auf die Beschäftigungssteigerung für 1934, weil sich erst dann die Arbeitsbeschaffung voll auswirken wird. Sogar der bisher ganz daniederliegende Industriebau läßt einige Anzeichen für eine künftige Belebung erkennen.

In der Sportpalastversammlung der Berliner Hausbesitzer und Bauingenieurwissenschaften hatte nämlich der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, auch darauf hingewiesen, daß von den 1390 Millionen Mark, die im Rahmen der drei Arbeitsbeschaffungsprogramme für den September 1932 bewilligt worden seien, erst 509 Millionen ausgezahlt wurden. Da inzwischen auch noch weitere Bewilligungen und freiwillige Spenden einliefen, so läßt sich der „Arbeitsvorrat“ heute noch auf rund 1230 Millionen Mark beziffern. 200 Millionen sind für die Instandsetzung an Gebäuden und noch weitere 500 Millionen durch das Gebäude-Instandsetzungsgefes zur Verfügung gestellt worden; — aber dann ist Schluss! „Eine Wiederholung wird nicht erfolgen“, erklärte der Staatssekretär und fügte hinzu, daß sich die Rentabilität des Hausbesitzes aus dem Sinken der Arbeitslosigkeit ergeben müsse und ergeben werde.

Wenn die Regierung nicht, wie vielfach gewünscht wurde, durch eine Senkung oder Beseitigung der Hauszinssteuer die steuerliche Lage des Grundbesitzers für Arbeitsbeschaffungszwecke erleichtert hat, so ist doch für eine nahe Zukunft eine solche Erleichterung — und zwar nicht bloß für den Hausbesitz — durch eine allgemeine Neugestaltung und Herabsetzung der Einkommensteuer vorgesehen, worüber der Staatssekretär Reinhardt bereits einige Mitteilungen machte. Besonders erfreulich daran sind die für das kommende Steuerreformgesetz vorgesehenen bevölkerungspolitischen Rücksichten, die sich vor allem in Ermäßigungen für die mit Kinder gesegneten Familien ausdrücken werden. Die sozial Schwachen sollen geschont, die Väter und Mütter steuerlich nicht tatsächlich schlechter gestellt sein als jene Einkommenbezieher, die sich von Familienorgen fernhalten.

Selbstverständlich ist aber ebenso wie mit den gewaltigen Mitteln, die für die Bauwirtschaft bereitgestellt sind, so auch mit den künftigen Steuererleichterungen immer und immer wieder nur das eine, das wichtigste, das Hauptziel der nationalsozialistischen deutschen Wirtschaftspolitik anzustreben: Arbeitsbeschaffung!

Italien fordert Völkerbundsreformen. Weitere Mitgliedschaft Italiens davon abhängig.

Beschlüsse des Großen Faschistischen Rats.

Rom, 6. Dezember. Nach einer sehr langen Beratung, die von 10 Uhr abends bis gegen 2 Uhr morgens dauerte, hat der Große Faschistische Rat zum dritten und vierten Punkt seiner Tagesordnung, die das Verhältnis Italiens zum Völkerbund und die Kriegsschulden an Amerika betrafen, folgende Entschlüsse gefaßt:

Der Große Faschistische Rat beschließt nach Besprechung der Lage des weiteren Verbleibens Italiens im Völkerbund von einer grundlegenden (radikalen) Reform dieses Organismus abhängig zu machen, die in kürzester Frist zu vollziehen ist, und den Völkerbund in seinem Aufbau, in seiner Funktion und in seinen Zielen zu betreffen hat.

Zur Kriegsschuldenfrage erklärt der Große Faschistische Rat, daß Italien angesichts des neuen Termins vom 15. Dezember als Zeichen seines guten Willens eine Million Dollar zahlen wird in der Erwartung, daß die endgültige Regelung dieses Soll- und Haben-Kontos, das aus dem Kriege stammt, abgeschlossen wird.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung, der das neue Gesetz über die Korporationen betrifft, brachte Balbo eine Entschließung ein, die dem Duce das volle Vertrauen ausdrückt und das italienische Volk auffordert, an der sozialen Umformung mitzuarbeiten.

Litwinow besucht Berlin.

Berlin, 5. Dezember. Im Laufe des heutigen Tages wurde in Berlin die Tatsache der weiteren Dessenlichkeit bekannt, daß der russische Außenminister Litwinow im Anschluß an seinen Besuch bei Mussolini auch nach Berlin reisen werde. Litwinow hat bekanntlich eine für die Außenpolitik Rußlands überaus wichtige große Auslandsreise durchgeführt.

Er begab sich zunächst nach Amerika, wo er die Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten erreichte. Es ist dies zweifellos ein erheblicher Erfolg seiner Außenpolitik. Im Anschluß hieran begab sich Litwinow nach Rom, wo er über das Wochenende mit dem italienischen Regierungschef Mussolini über die Fragen verhandelte, die das direkte Verhältnis Rußlands zu Italien betreffen. Weit wichtiger aber waren in diesem Zusammenhang die Fragen weltpolitischer Natur, die in erster Linie sich gegenwärtig um das Abrüstungsproblem konzentrieren. Mussolini hat unvertennbar in politischer Beziehung eine auffallende Aktivität entfaltet, die das faschistische Italien in die vorderste Front stellt. Es ist dies

bemerkenswert, da das Vorkriegsitalien von den Großmächten immer als eine Macht zweiter Güte behandelt wurde. In den ersten Jahren nach der Machtergreifung durch den Faschismus hat Mussolini sich darauf beschränkt, im Innern seine Regierungsform zu festigen, und auf Grund dieser innenpolitischen Stärkung wurde er allmählich auch zu einem wichtigen außenpolitischen Faktor. Jetzt hat Mussolini eine so außerordentlich starke außenpolitische Aktivität entfaltet, daß er in Begriffe steht, sich zum Dirigenten des Konzertes der Großmächte zu machen. Im Zuge der gesamtpolitischen Entwicklung ist daher dem Berliner Besuche des russischen Außenministers, der, von Rom kommend, sich über Berlin nach Moskau zurückbegibt, eine erhebliche Bedeutung beizumessen.

Rom, 5. Dezember. Volkstommar Litwinow ist heute 21.30 Uhr nach Berlin abgereist, wo er am Donnerstagmorgen zu kurzem Aufenthalt eintreffen wird.

Die deutschen Flüchtlinge im Auslande.

Der Internationale Verwaltungsrat des Kommissariats für die deutschen Flüchtlinge trat zum ersten Mal im Senatsaal der Lauanner Universität zusammen. Flüchtlingskommissar ist der amerikanische Professor James MacDonald; im Verwaltungsrat sind 15 Staaten vertreten. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde Lord Robert Cecil gewählt, der jedoch die endgültige Wahl ablehnte.

MacDonald erstattete Bericht über den Stand der jüdischen Flüchtlingsfrage. Er teilte mit, daß 60 000 Flüchtlinge Deutschland verlassen hätten, von denen 51 000 Juden seien. Mehr als 16 000 Flüchtlinge seien polnischer oder anderer nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Die 60 000 Flüchtlinge verteilten sich folgendermaßen: Frankreich 25 000, Palästina 6500, Polen 6000, Tschechoslowakei 5000, Holland 5000, England 3000, Belgien 2500, Schweiz 2500, Skandinavien 1500, Österreich 800, Saargebiet und Luxemburg 500, andere Länder 1000. MacDonald hob hervor, daß der Völkerbund nicht berufen sei, die Ursachen der jüdischen Auswanderung aus Deutschland zu erörtern und machte den Vorschlag, die Aufgaben des Flüchtlingskommissariats auf die Verhandlungen mit den Regierungen und die Zusammenfassung der einzelnen Tätigkeitsgebiete zu beschränken. Es sei aber nicht seine Aufgabe, selbst die für die Unterbringung der Flüchtlinge notwendigen Geldbeträge aufzutreiben.

Amerika wieder „naß“! Die „Totenfeier“ der Prohibition.

Amerikas Staat in die „Alkoholfreiheit“.

In New York wurden umfassende Vorbereitungen getroffen, um die „Totenfeier“ der Prohibition in würdiger Form zu begehen. In den Hotels, Nachtclubs, Restaurants, in allen Kneipen und in den Privatbäusern wird zum erstenmal seit fast vierzehn Jahren dem Gott des Weines, Bacchus, wieder geopfert werden. New York, das auch in der Zeit des Alkoholverbotes eigentlich nicht mit Trinken aufgehört hat, wird nun aber den Wein, das Bier und die zahllosen Cocktails und Mixed Drinks zum erstenmal wieder mit gutem Gewissen zu sich nehmen können.

Es ist auch Vorsorge getroffen, daß es an einer echt amerikanischen Kundgebung nicht fehlt. Ein Mann namens Decassers hat sich vorgenommen, das erste Glas Alkohol „legal“ zu trinken. Von dem Büro der großen amerikanischen Nachrichtenagentur United Press wird ein besonderes Kabel in ein großes Hotel gelegt, wo Benjamin Decassers auf die Nachricht wartet, daß der Staat Utah das neue Alkoholverbot ratifiziert und damit die Entscheidung für die Abschaffung der Prohibition gegeben hat. Sofort nach Eingang dieses Telegramms wird Decassers das Glas Alkohol hinunterstürzen und United Press wird die gesamte amerikanische Presse eine Sekunde darauf von diesem hochbedeutenden Ereignis unterrichten.

Das Ende der Prohibition.

Auch Utah stimmt naß. Der stellvertretende Außenminister der Vereinigten Staaten, Unterstaatssekretär Phillips, hat den 21. Zusatz zur amerikanischen Verfassung, der den Widerruf der Prohibition enthält, amtlich bekanntgegeben.

Wie aus Salt Lake City gemeldet wird, hatte der

Staat Utah als 36. Staat für die Abschaffung der Prohibition gestimmt. Damit war die Entscheidung über das Ende der Prohibition in den Vereinigten Staaten gefallen.

Roosevelt erklärte 18.55 Uhr (Neu York) Aufhebung des Alkoholverbotes.

Washington, 5. Dezember. Präsident Roosevelt erklärte amtlich, daß das amerikanische Alkoholverbot um 18.55 Uhr (New Yorker Zeit) aufgehoben sei. Durch diese formelle Erklärung werden vier Millionen, die insgesamt 227 Mill. Dollar ergeben sollten, außer Kraft gesetzt, da sie vom Kongress „bis zum Widerruf des Alkoholverbotes erlassen waren“.

Gegen Unfitten beim Flaggen.

Das Reichsministerium für Volkserziehung und Propaganda teilt mit: Es ist zu beobachten, daß an Privathäusern die nationalen Flaggen vielfach ohne jeden besonderen Anlaß gezeigt werden, daß sie an Tagen, an denen eine allgemeine Beflaggung stattfindet, nachts nicht wieder eingezogen werden und oft sogar tage- und wochenlang hängen bleiben. Um dieser die Bedeutung der Flaggen und die Würde der nationalen Symbole beeinträchtigenden Unsitte zu steuern, wird darauf hingewiesen, daß Flaggen nur an den Tagen gezeigt werden dürfen, an denen aus besonderen Anlässen die Beflaggung von Privathäusern von behördlicher Seite als angebracht und erwünscht bezeichnet oder von parteiamtlicher Seite angeordnet worden ist.

Die Flaggen müssen an diesem Tage möglichst frühzeitig gehisst werden und sind mit Sonnenuntergang wieder einzuziehen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es nicht statthaft ist, die Halbkreuzflagge und die schwarzweißrote Flagge, die beide nebeneinander bestehen, in irgendeiner Form zu vereinigen.